

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim November 2013, 23. Jahrg.

Endlich ein **Fahrradweg**

Zwischen Schwanebeck und Bernau wird gebaut/Entlastung für Schüler

OW-Beitrag/bc

Der geplante Radweg zwischen Schwanebeck und Bernau kann endlich gebaut werden. Seit Mitte Oktober liegt die Genehmigung der Europäische Kommission vor, ursprünglich anders geplante Gelder dafür zu verwenden.

Der Bau des Radweges entlang der ehemaligen Bundesstraße sollte bereits 2009 erfolgen, wurde dann aber aus finanziellen Gründen verschoben. Damals sammelte die Bürgerinitiative für den Radweg innerhalb weniger Monate fast 2.000 Unterschriften, da vor allem Schülerinnen und Schüler die Strecke täglich fahren. Polizei und Straßenverkehrsbehörde hatten die Verkehrsverbindung bereits als Unfallschwerpunkt charakterisiert.

Brandenburgs Wirtschaftsminister und Landtagsabgeordneter, Ralf Christoffers, (LINKE) hatte nach seinem



Vertreter der Bürgerinitiative für den Radwegbau informierten im August 2009 die beiden Vertreter der LINKEN, Dagmar Enkelmann und Ralf Christoffers, über die Gefahren für radfahrende Schüler, nachdem der Bau verschoben worden war.

Foto: privat

Amtsantritt zugesichert, eine Beschleunigung des Baus zu prüfen. Der Radwegbau gehört zwar nicht zu seinem Ressort, sondern zum Infrastrukturministerium, trotzdem suchte er nach Lösungen. Er stellte an die Europäische Kommission

in Brüssel den Antrag, 2013 noch vorhandene Gelder des Fonds für Europäische Regionalentwicklung (EFRE) umzuverteilen und für andere als die ursprünglich geplanten Projekte zu nutzen. Die Verwaltung dieses Fonds obliegt dem Wirt-

schaftsministerium, Veränderungen in der Verwendung der Gelder muss jedoch die EU-Kommission bestätigen. Zu den nun umgewidmeten Projekten zählt neben dem Fahrradwegbau zwischen Bernau und Schwanebeck auch der Breitbandausbau und Logistikzentren. Über das Infrastrukturministerium werden die Gelder für den Fahrradwegbau bereitgestellt werden.

„Ich bin erst zufrieden, wenn der Fahrradweg gebaut ist“, kommentierte Christel Zillmann, Gemeindevertreterin in Panketal (LINKE) und machte darauf aufmerksam, dass die Bürgerinitiative all die Jahre „nicht locker gelassen“ hat und inzwischen 6.000 Unterschriften sammelte. Denn es wird auch weiterhin mit einem höheren Verkehrsaufkommen gerechnet, das den Radweg vor allem für die Kinder auf ihrem Schulweg noch dringender macht.

Wir gehen **neue Wege**

Schlussfolgerungen der LINKEN nach der Bundestagswahl

Von Sebastian Walter,
Kreisvorsitzender
DIE LINKE Barnim

Die Wahlen sind gelaufen, Dagmar Enkelmann und Sabine Stüber sind für die LINKEN nicht wieder im Bundestag vertreten. Wir haben es geschafft und sind trotz aller Unkenrufe drittstärkste Kraft in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Das ist ein riesiger Erfolg für uns alle. Auch der Wiedereinzug der Hessischen LINKEN in den Landtag beweist, dass wir eine gesamtdeutsche Partei werden können. Aber natürlich schmerzt uns der Verlust der beiden Direktmandate. Dagmar, Sabine und mit ihnen viele Helferinnen und Helfer haben bis zuletzt

gekämpft und haben beide herausragende Ergebnisse erreicht. Wir liegen im Barnim wieder einmal 5 bis 6 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Trotz herber Verluste von etwa 7 Prozent bei den Zweitstimmen liegen wir im Barnim an zweiter Stelle vor der SPD. Die Suche nach Gründen fällt schwer. Wir haben mit sehr ausgezeichneten Kandidatinnen einen so noch nie dagewesenen engagierten Wahlkampf geführt. Am Ende hat es nicht gereicht. Die CDU hat einen haushohen Sieg eingefahren. Die LINKE konnte mit ihren Argumenten und Konzepten für einen Mindestlohn, eine gerechte Rente und für eine Politik ohne Kriegseinsätze

nicht überzeugen. Wir haben es nicht vermocht, mehr Menschen für unsere Politik zu gewinnen. Vielleicht konnten wir die Forderungen nicht in den Alltag der Menschen übersetzen, vielleicht konnten wir nicht deutlich machen, wie nötig, aber auch, wie machbar Alternativen zur jetzigen Politik sind. Vielleicht haben wir auch einfach an den Wählerinnen und Wählern und ihren Bedürfnissen vorbeigeredet. Wir werden neue Wege gehen müssen und vieles auf den Prüfstand stellen. Es geht darum für eine bessere Gesellschaft zu streiten – im Hier und Jetzt. Unsere Verankerung in den Kommunen und im Alltag der Menschen ist wichtiger denn je. Unser

Erscheinungsbild als eigenständige Kraft, egal ob in Opposition oder Regierungsverantwortung, muss stärker in den Vordergrund rücken. Nur mit uns wird es eine wirklich soziale und demokratische Politik im Interesse der Mehrheit geben. Unsere Wählerinnen und Wähler haben uns einen klaren Auftrag gegeben und dafür bedanken wir uns. Wir werden weiter kämpfen, auf allen Ebenen – für einen solidarischen und demokratischen Barnim. Deshalb: Kopf hoch und nicht die Hände. Vor uns liegen 2014 wichtige Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen. Darauf werden wir uns jetzt konzentrieren. **Siehe Seiten 3 und 4**

In dieser Ausgabe:

S-Bahn-Chaos
Schon wieder kurze Züge
Seite 2

Roadrunners
Das Geld fürs Festival ist da
Seite 3

Bürgerbüro
Bernaus LINKE erreichbar
Seite 4

Busverkehr
ÖPNV im Barnim: Interview mit Margitta Mächting
Seite 5

Schulen
Was brauchen sie wirklich?
Seite 6

Regionalprodukte
Michael Luthardt führt agrarpolitische Gespräche
Seite 7

Vision
Sebastian Walter über die Kommunalwahl
Seite 8

Das Land helfe
Kirchenfinanzierung in Brandenburg
Seite 9

2020
Beschluss der LINKEN Brandenburg
Seite 10

Solidarpakt III
Ein Vorschlag von Ralf Christoffers
Seite 11

Bessere Politik für den Barnim

OW-Beitrag/bc

Ein Leitbild für den Barnim steht auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung der LINKEN am **30. November**. Außerdem geht es um Veränderungen in der Kreispolitik, darum „Probleme anzupacken und gemeinsam mit den Menschen zu lösen – nicht über ihre Köpfe hinweg“, erläuterte Sebastian Walter die Vorbereitung auf die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014. **Siehe Seite 8**

Geschwätz von gestern

Von Sebastian Walter
Kreisvorsitzender der LINKEN

Vor der Wahl tönte es aus allen Rohren der Sozialdemokratie in Deutschland: „Mit uns gibt es keine Große Koalition.“ Dann aber dauerte es nur wenige Tage bis wieder alles anders war.

Kommentar

Schnell wurden Verhandlungsgruppen zusammengestellt und die SPD traf sich mit der CDU und CSU. Die ärgsten Gegner saßen an einem Tisch und das Erste, was an die Öffentlichkeit gelangte, war die Anzahl der Ministerposten, die von der SPD beansprucht werden. Schade – aber irgendwie absehbar. Nichts war mehr zu hören vom großspurigen 100-Tage-Programm von Peer Steinbrück: Zum Beispiel einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, gerechteres Steuersystem, Abschaffung des Betreuungsgeldes. Und das alles, obwohl es eine Mehrheit jenseits der CDU gibt. Angela Merkel kann abgewählt werden – wenn es die SPD will. Mit der LINKEN und den Grünen könnte ein Politikwechsel funktionieren. Die falsche Sozial-, Wirtschafts- und Europapolitik könnte beendet werden. Aber dafür müsste die SPD Gespräche führen – jedoch mit den Parteien, mit denen sie die meisten inhaltlichen Gemeinsamkeiten hat. Das tut sie nicht. Es gab schon während des Wahlkampfes dutzende Angebote zu Gesprächen, weil bereits damals klar war, dass es für Rot-Grün allein nicht reichen wird. Der SPD fiel aber nichts anderes ein, als jeden Tag neue Ausreden zu finden, warum es mit der LINKEN nicht ginge – aber eben ohne mit ihr zu reden. Das ist eine Schande für die Demokratie. Aber viel schlimmer ist, dass eine Chance verpasst wurde. Die SPD wirft wieder alle ihre Versprechen über den Haufen. Und eine Mitgliederbefragung ohne wirkliche Alternative hat nichts mit Demokratie zu tun. Da bleibt nur eines – weiter streiten für einen Politikwechsel – denn der geht nur mit der LINKEN.

Chaos bei der S-Bahn

Panketal: Reduzierte Zuglänge sorgt für Ärger bei Kunden der Linie 2

Von Christel Zillmann
Gemeindevertreterin Panketal

Bei der Berliner S-Bahn ist auf der Linie 2 zwischen Bernau und Buch erneut das Chaos ausgebrochen.

Zugverspätungen sind noch das geringste Übel. Viel ärgerlicher für die Fahrgäste, vor allem im Berufsverkehr, ist es, dass die volle Zuglänge, die auf dem Bürgerforum der „Initiative für die Verkürzung des 20-Minuten-Takts“ am 24. Juli 2012 zugesichert worden war, klammheimlich wieder reduziert wurde.

Überfüllte Züge im Berufsverkehr – ein unzumutbarer Zustand, wie wir ihn bereits vor zwei Jahren, vor allem im Abschnitt Bernau-Zepernick-Buch täglich kannten. Und das kurz vor Winterbeginn!

Die Berliner S-Bahn sucht gegenwärtig neue Mitglieder für ihren Kundenbeirat, um in diesem beratenden Gremium mit der Geschäftsführung Wünsche und Kritiken der Fahrgäste intensiv zu diskutieren. Zweifellos ein lobenswertes Vorhaben, wenn die



S-Bahnhof Zepernick: Im Berufsverkehr sind die Züge wieder überfüllt, weil die die Zuglänge wieder reduziert wurde und damit weniger Wagen zur Verfügung stehen. Foto: bc

Geschäftsführung berechnete Wünsche und Kritik nicht nur anhört, sondern dies auch zu kundenfreundlichen und dauerhaften Veränderungen führt. Das erwarten auch die Bahnkunden aus Bernau und Panketal, die auf dieses Verkehrsmittel angewiesen sind!

Beschwerden direkt an die S-Bahn richten

Betroffene Bahnkunden sollten sich mit ihren berechtigten Beschwerden direkt an folgende Adressen wenden: S-Bahn Berlin GmbH, Kundendialog, Tel.: 030-29743333, E-Mail: Kunden-

betreuung@s-bahn-berlin.de oder: S-Bahn Berlin GmbH, Peter Buchner, Vorsitzender der Geschäftsführung, Telefon: 030-29743801, E-Mail: peter.buchner@deutschebahn.com.

Kontakte zur LINKEN im Barnim

Alle Sitzungen von Fraktionen und Vorständen der LINKEN im Barnim sind öffentlich. Gäste sind immer willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Sie können sich deshalb vorab informieren:

Bürgerzentrum Bernau: Tel.: 03338-459543, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-Mail: info@dielinke-barnim.de,

Wahlkreisbüro Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488,

im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Dr. Michael Luthardt: Tel.: 03334-385155

im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Str. 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: michael.luthardt@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 030-94393058, Fax: 030-94393059

Am Amtshaus 2-2a, Shop 3, 16341 Panketal, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Kreisvorstand: 13. November, Werneuchen, Gasthaus am Berg, Freienwalder Chaussee 6

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-22026, E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de

18. November und 09. Dezember, jeweils 18.30 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

Nächster Kreistag: 27. November, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Stadtfraktion Bernau: 27. November, 18 Uhr, Bürgerzentrum der LINKEN, Berliner Straße 17, Bernau

Stadtverordnetenversammlung: 28. November, um 16 Uhr, Stadthalle Bernau, Hussitenstraße 1

E-Mail: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252, Fax: 03338-907251

Stadtfraktion Eberswalde: 18. November und 02. Dezember jeweils 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde,

Stadtverordnetenversammlung: 21. November, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org [**!solid**]: E-Mail: solid-eberswalde@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerstag/Monat, 19 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: 6. Dezember, 19 Uhr Weihnachtsfeier „Partykeller am Bahnhof“

OW-Spendenkonto: DIE LINKE. Barnim, Konto: 31 200 514 29, bei: Sparkasse Barnim; BLZ: 170 520 00;

Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung am Jahresende.

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: Geschäftsstelle der LINKEN Barnim, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde,

Tel.: 03334-385155, Fax: 03334-385156, **E-Mail:** offenerworte@dielinke-barnim.de,

download: www.dielinke-barnim.de, **virtuelle Redaktion:** Petra Bochow, Berit Christoffers, Lutz Kupitz, Margitta Mächtig,

Wolfgang Sachse, André Stahl (ViSdP), Sebastian Walter, Margot Ziemann, Christel Zillmann **Auflage:** 17.000

nächster Redaktionsschluss: 25. November 2013, nächster Erscheinungstermin: 11. Dezember 2013

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn wahren kürzen.

Roadrunners fahren weiter

LINKE konnte Versprechen halten: Festival in Finowfurt bekommt Geld

Von Sebastian Walter

Das monatelange Ringen um die versprochenen 20.000 € Investitionssumme vom Landkreis Barnim an die Organisatoren des weithin bekannten Roadrunners Festival in Finowfurt mit tausenden Besuchern ist beendet.

Die LINKE konnte sich durchsetzen

und gemeinsam mit vielen anderen Landrat Bodo Ihrke dazu bringen, die versprochene Summe auszuzahlen und die Veranstaltung nicht in den Ruin zu treiben.

Das jährliche Großereignis in Finowfurt lockt zehntausende Menschen in den Barnim und ist damit ein Aushängeschild für den Landkreis. Um den benötigten und schon einmal zugesicherten Betrag zu erhalten, initiierte der Landrat nun noch einmal einen Kreistagsbeschluss. Peinlich für ihn, der doch immer wieder betont wie wichtig das kulturelle Leben im Barnim sei. Er setzte ein riesiges Festival aufs Spiel – und alles nur um parteipoliti-

sche Ränkespiele zu simulieren. Der Barnim beteiligt sich nun mit einem Drittel an einer Investition in eine Rennstrecke, die die Veranstalter des Festivals vornehmen wollen. Sie steuern zu den Gesamtkosten ebenfalls 20.000 € bei, ein weiteres Drittel trägt die Gemeinde

Finowfurt. Dafür haben sich die Veranstalter des bundesweit begehrten und bekannten Festivals bereit erklärt, für weitere 10 Jahre die Veranstaltung im Barnim durchzuführen. Das wird positive Folgen für den Tourismus und die Bekanntheit unserer Region haben.

Bodo Ihrke und auch sein Wirtschaftsdezernent Carsten Bockardt (CDU) kündigten das Versprechen auf, wegen eines zunächst beschlossenen Antrages zur Bildungsunterstützung der LINKEN im Kreistag. Auf einmal sollte kein Geld mehr da sein, obwohl der Landkreis über hohe Rücklagen verfügt und in diesem Jahr auf Beschluss der Rot-Roten Landesregierung 800.000 € mehr

Landeszuweisungen erhält. Hier sollten die Themen Bildung und Kultur gegeneinander ausgespielt werden, auf dem Rücken der Aktiven vor Ort und um die LINKEN in der öffentlichen Wirkung dafür verantwortlich zu machen.

Es war nicht das erste Mal, dass auf diese Art und Weise diskutiert wurde. Auch von freien Trägern der Jugendhilfe im Landkreis kommen immer wieder Hinweise darauf, dass die Kreisverwaltung gemachte Zusagen nicht einhält. Das ist bitter und so nicht tragbar.

Die LINKE wird weiterhin genau hinschauen wie mit ehrenamtlich Aktiven und freien Trägern umgegangen wird. Sie sind das Fundament für eine bessere soziale und gerechte Gesellschaft,

machen den Landkreis oft erst lebens- und liebenswert. Zumindest für das Roadrunners Festival wurde jetzt das Geld auf Druck der LINKEN



Quelle: www.luftfahrtmuseum-finowfurt.de

ausgezahlt, die Veranstaltung ist für die nächsten 10 Jahre gesichert und kann in Finowfurt weiter durchgeführt werden. Das ist ein Erfolg für alle, auch für den Landrat – aber da eher ungewollt.

Christoffers und Luthardt kandidieren

LINKE Barnau/Panketal wählen am 26. November, LINKE im Wahlkreis Barnim III am 6. Dezember in Wandlitz ihren Kandidaten für die Landtagswahl 2014

OW-Beitrag/cz

Am **6. Dezember** werden die LINKEN des Wahlkreises Barnim III (Wandlitz, Werneuchen, Ämter Biesenthal-Barnim und Britz-Chorin-Oderberg) ihren Kandidaten oder ihre Kandidatin für die Landtagswahl 2014 wählen. Bis Redaktionsschluss war die Kandidatur von Dr. Michael Luthardt bekannt. Der 55-jährige studierte Förster ist seit 2009 Landtagsabgeordneter für die LINKE und deren agrarpolitischer Sprecher.

Am **26. November** werden die LINKEN aus Panketal und Barnau ebenfalls ihren Kandidaten oder ihre Kandidatin für den Landtag wählen. Die Veranstaltung, findet um 18 Uhr im Ortszentrum Schwanebeck, Genfer Platz, statt. Bis Redaktionsschluss war die Kan-

didatur von Ralf Christoffers bekannt, der den Wahlkreis 2009 gewonnen hatte.

Durch die Bildung der Rot-Roten Landesregierung wurde Christoffers 2009 zudem Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten. „Ich werbe für die Weiterführung dieser Koalition“, erklärte Christoffers Anfang November. „Damit es »Rot-Rot« weiter geben kann, muss die LINKE ein gutes Ergebnis bei der Landtagswahl im nächsten Herbst erzielen. In dem Ressort, das ich repräsentiere, haben wir in den vier vergangenen Regierungsjahren viel erreicht.“ Die Handschrift der LINKEN sei deutlich zu erkennen, begründete Christoffers seine erneute Kandidatur.

So sei die Zusammenlegung von „Wirtschaft und Europa“ zwar eine Mammutaufgabe, hätte aber auch ein leicht-

eres Zusammenspiel bei Entscheidungen gebracht. Christoffers benennt dabei die Breitbandentscheidung für schnelles Internet in Brandenburg. Voraussetzung war die Genehmigung der Europäischen Kommission, die nach einem zwei Jahre währenden Genehmigungsprozess endlich Anfang dieses Jahres erfolgte. Inzwischen sind die Ausschreibungen in den Regionen erfolgt, zu denen auch der Barnim gehört. „Breitbandnetze sind wesentliche Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Kommunikation in den entlegenen Regionen des Landes“, begründet Christoffers sein Engagement für diesen Teilbereich seines Ressorts.

Klar auf die LINKEN zurück zu führen sei auch ein bundesweit einmaliges Verfahren, Bürgerinnen und Bürger

in die Planung von Großprojekten zum Energienetzausbau einzubeziehen.

Hier musste Christoffers in seiner bisherigen Amtszeit viele Fehler des zuvor CDU-geführten Wirtschaftsministeriums ausbügeln: „Bürgerinnen und Bürger müssen bereits in die erste Planungsphase eines Großprojektes einbezogen werden“, macht Christoffers seine Auffassung deutlich. Im Barnim hätte dazu zum Beispiel gehört, sich bereits 2007 mit den Anrainern der so genannten Uckermarkleitung, einer 380-kV-Starkstrom-Leitung durch Eberswalde und die Schorfheide, zu verständigen. Statt dessen ging erst das durch die LINKE geführte Wirtschaftsministerium auf die betroffenen Städte und Gemeinden und die Anwohner zu.

Mitgliederversammlung

OW-Beitrag

Der Kreisverband der Barnimer LINKEN lädt am **30. November**, 13 bis 17 Uhr, zur Mitgliederversammlung nach Barnau in den Lindenhof, Oranienburger Str. 58, ein. Dort soll das Barnimer Leitbild der LINKEN, das in den letzten zwei Jahren diskutiert worden ist, verabschiedet werden. Das Leitbild konzentriert sich auf vier Kernforderungen für Mobilität, Bildung, Energie und Bürgerbeteiligung. Ebenfalls werden die Delegierten für den Bundesparteitag der LINKEN sowie für die Vertreterversammlungen zur Aufstellung der Kandidatenlisten für die Europa- und Landtagswahlen 2014 gewählt.

Thema Kommunalpolitik

OW-Beitrag/sw

Zu einer kommunalpolitischen Konferenz lädt das kommunalpolitische forum und die Barnimer Kreistagsfraktion der LINKEN am **30. November**, von 9 bis 12 Uhr nach Barnau in den Lindenhof, Oranienburger Str. 58, ein. Die Kommunalabgeordneten wollen sich zum Leitbild der Barnimer LINKEN sowie um aktuelle kommunalpolitische Fragen verständigen.

LINKE Panketal

Von Christel Zillmann

Der Stammtisch der Panketaler LINKEN findet am **27. November** ab 19 Uhr in Leo's Restauration, Schönower Straße, statt. Wer Interesse hat, in ungezwungener Atmosphäre über das aktuelle politische Weltgeschehen und weitere interessierende Fragen zu diskutieren, ist wie immer herzlich willkommen.

Sprechstunde

OW-Beitrag/wk

Zu einer Sprechstunde lädt der Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers am **29. November** von 15 bis 17 Uhr in sein Büro am S-Bahnhof Zepernick, Am Amtshaus 2-2a, Shop 3, ein. Terminliche Voranmeldung unter: Tel.: 030-94393058, oder E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de.

Bürgermobil Michael Luthardt

OW-Beitrag/cp

Mit Einsetzen der kalten Wintermonate wird auch das Bürgermobil zwischen Dezember und Februar wieder nach dem „Winterfahrplan“ unterwegs sein. Sollten Sie zwischenzeitlich Gesprächsbedarf haben, so melden Sie sich bitte telefonisch unter:

03334-385155.

18. November und 16. Dezember:

Schönwalde, Höhe Schlecker-Markt:

10 bis 11 Uhr;

Basdorf, Parkplatz nahe REWE-Markt/Durchgang Markt: 11.15 bis 12.45 Uhr;

Wandlitz, Nähe Lidl, 13 bis 14 Uhr;

Wandlitz, Parkplatz am Postshop, Prenzlauer Chaussee 183:

14 bis 15 Uhr;

21. November und 19. Dezember:

Rüdnitz, Wohnpark Parkplatz Bürgermeisterstraße: 9 bis 9.45 Uhr;

Biesenthal, Marktplatz: 10 bis 12.30 Uhr;

22. November und 20. Dezember:

Ahrensfelde, Höhe Sparkasse, Lindenberger Str. 1: 9 bis 10 Uhr;

Werneuchen, Marktplatz: 10.30 bis 12 Uhr;

25. November und 09. Dezember:

Niederfinow, Ortsmitte, vor Konsum: 9 bis 9.30 Uhr;

Oderberg, vor ehemaligem Rathaus: 10 bis 11 Uhr;

Oderberg, Nähe Netto-Markt, Waldstraße: 11.15 bis 12 Uhr;

Lunow-Stolzenhagen, Edeka-Markt Richtung Parstein: 13 bis 14 Uhr;

Brodowin, Nähe Kirche: 14.15 bis 15 Uhr;

Gern können Sie sich für einen Termin voranmelden im Bürgerbüro Eberswalde unter 03334-385155. Aktuelle Touränderungen finden Sie unter

www.michael-luthardt.de

Offene Worte mit Dagmar Enkelmann

OW-Beitrag/bm

Ende November plant Dagmar Enkelmann für die Gesprächsreihe „Offene Worte“ den Schweizerischen Botschafter zu Gast zu haben. Genauen Termin und Ort bitte der Tagespresse entnehmen.

Bürgerbüro der LINKEN in Bernau bleibt

Stadtfraktion zieht in die Berliner Straße 17, „Tag der Offenen Tür“ geplant

OW-Beitrag/bc

Zu einem „Tag der Offenen Tür“ im Bernauer Bürgerzentrum der LINKEN laden Stadtfraktion, Stadtvorstand und der Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers **am 3. Dezember** um 14 Uhr ein. Nach dem Verlust des Bundestagsmandates für Dagmar Enkelmann müssen sich die Bernauer Bürgerinnen und Bürger dennoch nicht darum sorgen, keine Anlaufstelle der LINKEN in Bernau mehr zu haben. Das Büro der Stadtfraktion Bernau wird in das bisherige Büro der Abgeordneten um-

ziehen, der Stadtvorstand der LINKEN wird hier weiterhin erreichbar sein. Für Besucher ändert sich also an der lange bekannten Adresse in der Berliner Straße 17 nichts.

Auch der Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers, der sein Büro am Bahnhof Zepernick hat, wird künftig durch seinen Mitarbeiter, Wolfgang Krafczyk, Sprechstunden im Bernauer Bürgerzentrum der LINKEN anbieten, und zwar donnerstags von 9 bis 17 Uhr.

Das Bürgerbüro wird derzeit umgestaltet, ist jedoch weiterhin geöffnet. Foto: wk



Die LINKE hat sich von ihrem Tief im Jahr 2012 erholt

Barnimer LINKE verliert zwei Direktmandate, aber gibt sich kämpferisch:
Ein Rückblick auf die Bundestagswahl 2013

Von Wolfgang Krafczyk

Die Bundestagswahlen 2013 sind Geschichte. Die LINKE hat tapfer gekämpft. Die ersten Auswertungen der Wahlergebnisse in den Gremien des Barnimer Kreisverbandes förderten unisono den Eindruck zu Tage, dass die Mitglieder und Sympathisanten noch nie so engagiert Plakate gehängt, Wahlmaterialien verteilt, auf Infoständen unser Wahlprogramm erläutert haben. Dazu kamen neue Ideen und Methoden wie kulturelle Veranstaltungen im Rahmen des Wahlkampfes zum Tragen. Und so fühlten sich viele durchaus angesprochen, wenn im Brief des Bundesvorstandes der LINKEN an die Parteibasis ein großes Dankeschön für das Engagement ausgesprochen wird.

Den Dank will die Barnimer LINKE auch an die Wählerinnen und Wähler weitergeben, die ihre Stimme den Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN gegeben haben. Im Wahlkreis 57 Uckermark/Barnim, wo Sabine Stüber erneut für die LINKE antrat, waren es immerhin 25.671 Erststimmen (26,0 Prozent) und 23.570 Zweitstimmen für die Partei (23,8 Prozent). Im Wahlkreis

59 Märkisch-Oderland/Barnim wurde dieses Ergebnis mit 56.391 (32,9 Prozent) Erststimmen für Dagmar Enkelmann und 44.999 (26,3 Prozent) Zweitstimmen noch übertroffen. In beiden Fällen bedeutete dies für die LINKE den 2. Platz hinter der CDU und vor der SPD. Damit lag die Barnimer LINKE auch über dem Durchschnitt der Partei im Landesmaßstab. Sie leistete damit einen wichtigen Beitrag zum insgesamt beachtlichen Abschneiden der LINKEN im Bundesmaßstab.

Mit 8,6 Prozent wurde die LINKE drittstärkste Kraft in der Bundesrepublik. Dies ist umso höher einzuschätzen, da noch vor einem guten Jahr Umfrageergebnisse den Wiedereinzug in den Bundestag infrage stellten.

Und doch: Ihre Wahlziele hat die LINKE nicht erreicht. Besonders schmerzlich ist für die Barnimer LINKE der Verlust beider Bundestagsmandate, die bisher Sabine Stüber und Dagmar Enkelmann inne hatten. Darüber hinaus hat die LINKE im Vergleich zu den Wahlen 2009 in beiden Wahlkreisen mehr als 7 Prozent der Stimmen verloren.

Die Ursachen dafür sind sicher vielfältig. Da wäre zunächst die allgemeine politische Lage zu nennen. Wahlforscher kommen zu der Einschätzung, dass in der gegenwärtigen Krise bei relativer Stabilität in Deutschland der Wunsch nach einem grundsätzlichen Politikwechsel nicht besonders ausgeprägt war. Die Wahlstrategie der CDU setzte auf „Harmonie“ – bei Umgehung jeglicher inhaltlicher Konflikte und Problemfelder. Der „Merkel-Bonus“ ließ offensichtlich auch im Barnim die CDU zur Wahlgewinnerin aufsteigen.

Zudem verengte sich der „Lagerwahlkampf“ zwischen „Kontinuität“ und „Wechsel“ durch die Abgrenzungspolitik von SPD und Grüne gegenüber der LINKEN auf Schwarz-Gelb einerseits und Rot-Grün andererseits. Viele Wähler mögen sich in dieser Situation für die SPD oder die Grünen entschieden haben, um dennoch einen Politikwechsel herbeizuführen.

Doch es wäre Augenwischerei, wollte man die Verluste der LINKEN allein mit der Politik der anderen Parteien erklären. Letztlich stand die Zukunft der LINKEN Mitte

letzten Jahres durch innerparteiliche Querelen auf der Kippe. Die auf dem Göttinger Bundesparteitag gezogenen Schlussfolgerungen und das Wirken der neuen Führung unter Bernd Riexinger und Katja Kipping haben zur Stabilisierung beigetragen, aber Nachwirkungen dieses „Knalls“ scheint es noch zu geben.

Natürlich stellt sich auch die Frage, ob das Agieren der LINKEN in der Rot-Roten Koalition in Brandenburg den einen oder anderen enttäuscht haben könnte. Dagegen steht jedoch die Tatsache, dass die Partei auch in anderen Bundesländern, wo sie nicht in Regierungsverantwortung steht, erhebliche, zum Teil noch größere Einbußen hinnehmen musste. Und dagegen steht auch, dass es in Brandenburg eine allgemeine Zufriedenheit mit der Landesregierung gibt.

Eines ist sicher unumstritten: Eine Partei, die in der Öffentlichkeit ein Bild der inneren Zerrissenheit und permanenter Selbstzweifel erzeugt, ist schwerlich wählbar. Nur geschlossen kann die LINKE bei den 2014 anstehenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen bestehen.

Der Bus zur Schule

Interview mit Margitta Mächtig, Vorsitzende der Kreistagsfraktion der LINKEN

Im September beschäftigte sich die Kreistagsfraktion der LINKEN mit der Entwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), der damit zusammenhängenden Schulentwicklungsplanung und dem Schülerverkehr. Was ist das Hauptproblem?

Herr Wruck von der Barnimer Busgesellschaft (BBG) machte darauf aufmerksam, dass nach wie vor die Rationalisierungsmittel abgeschmolzen werden, in den vergangenen 8 Jahren waren es schon 7 Millionen €. Da in der gleichen Zeit aber Benzin- und Personalkosten gestiegen sind, begeben sich die ÖPNV-Unternehmen zunehmend in eine Schieflage. Die Tarife für die Beschäftigten sind in diesem Jahr zum Beispiel um 7 Prozent gestiegen und werden im kommenden Jahr nochmals zweimal um je 1,5 Prozent steigen, was wir begrüßen.

Wie sieht es mit der Rentabilität aus?

Tatsächlich müssen sich die Abgeordneten des Kreistages im Rahmen ihrer Aufsichtspflicht für die BBG die Frage stellen, ob es rentabel ist, für Linien mit unter 300 Passagieren (also 150 hin und zurück) tatsächlich Züge fahren zu lassen, oder ob der Busverkehr hier dauerhaft preiswerter wird.

Welche Rolle spielt das von den LINKEN in Brandenburg durchgesetzte Vergabegesetz?

Der Geschäftsführer der BBG spricht hier von einer Wettbewerbsverzerrung. So sind kommunale Unternehmen angehalten, bei Ausschreibungen für Subunternehmen die Löhne und Gehälter mit abzufragen und vor allem auch zu kontrollieren – die privaten Anbieter des ÖPNV nicht. Damit müssen kommunale Anbieter mehr Personal und Zeit aufwenden.

Wie geht die Kreistagsfraktion der LINKEN mit dieser Aussage um?

Wir haben darauf noch keine Antwort. Ich will es aber mit in den Facharbeitskreis der Landtagsfraktion nehmen, weil dies ja kein spezifisches Barnimer Problem ist.

Welche Probleme gibt es



In Eberswalde fährt der erste Trolley-Batterie-Hybrid-Bus Europas. Trotz hoher Anfangsinvestitionen ist der Trolleybus auf lange Sicht ein umweltfreundliches und ökonomisches Verkehrsmittel. Eine Lithium-Ionen-Batterie ersetzt den Dieselmotor, der bisher als Hilfsantrieb genutzt wurde. Ein Supercap (Ultrakondensator/Energiespeicher) der die Bremsenergie aufnimmt, sorgt dafür, dass der Bus ohne Abhängigkeit von der Fahrleitung jederzeit elektrisch fährt. Foto: Cindy Panzer

mit dem Schülerverkehr?

Das Hauptproblem ist, dass wir zu den Schulanfangszeiten echten Hochbetrieb haben und an der Kapazitätsgrenze sind. Andererseits werden über den Tag die Kapazitäten nicht in diesem Umfang gebraucht. Gestaffelte Schulanfangszeiten würden die Gestaltung des Schulbusverkehrs positiv beeinflussen. Die Gemeindevertreter könnten an einem moderierten runden Tisch des Landkreises in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Schulkonferenzen diese mit dem Ziel beeinflussen, dass hier -auch hinsichtlich der Sitzplatznutzungen- eine Entspannung erfolgt. Mit tatsächlichen Ganztagschulen könnten viele Probleme gelöst werden.

Die Gestaltung des Schulbusverkehrs darf nicht nur aus ökonomischer Sicht betrachtet werden. Der Erhalt der Schulen und die Verbesserung ihrer Profilierung sind wichtig, sodass nach einem Konsens zu suchen ist.

Verbesserungen für den Schulbusverkehr würde auch eine Taktverkürzung der S-Bahn zwischen Panketal und Berlin bringen. Dazu ist es nötig, den Berliner Senat und das Land Brandenburg mit ihren Verkehrsunternehmen unter einen Hut zu bringen. Geplant ist das für August 2014.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN möchte sich auf diesem Weg aber einmal bei

vielen (Schul-) Busfahrern für ihre besonnenen Reaktionen in schwierigen Situationen bedanken.

Mit einem Kombibus, also der Kombination von Personen- und Warentransport, wie es ihn bereits in der Uckermark gibt, befindet sich die BBG in der Erprobungsphase. Das Rufbussystem hat sich in Modellversuchen nicht bewährt.

Die Verträge zwischen Landkreis und Verkehrs-

unternehmen zur Konzessionsvergabe des ÖPNV im Barnim laufen 2016 aus. Warum wollen Sie das jetzt schon thematisieren?

Weil vor neuen Verträgen eine europaweite Ausschreibung notwendig ist.

Dafür gibt es eine 27-monatige Frist, während der wir in entsprechenden EU-Blättern klar stellen müssen, dass wir eine Direktvergabe an das kommunale Unternehmen wollen.

Wo sollen Windräder stehen?

Wenn die Regionale Planungsgemeinschaft Barnim-Uckermark entschieden hat, können Bürgerinnen und Bürger Vorschläge unterbreiten

Von Klaus Springer, Mitglied der Planungsgemeinschaft Die Arbeitsgruppe der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim hat die Überarbeitung des Teilregionalplans „Windnutzung, Rohstoffsicherung und -gewinnung“ Ende Oktober abgeschlossen. Sie empfiehlt dem Vorstand, für den 6. Dezember die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim nach Eberswalde einzuberufen, ihre Vorstellungen letztendlich noch einmal zu diskutieren und die Auslegung zu beschließen.

Nach diesem Zeitpunkt haben die Bürgerinnen und Bürger, die im Barnim und der Uckermark wohnen, die Möglichkeit, Einsicht zu nehmen und weitere Vorschläge zu unterbreiten.

Konferenz: »Europa und die Kommunen«

OW-Beitrag/bc

Zu einer Konferenz „Europa und die Kommunen – selbstbestimmt oder fremdbestimmt?“ **am 23. November von 10 bis 17.30 Uhr** im Hotel Mercure in Potsdam lädt das kommunalpolitische forum e.V. ein.

Vor allem in den Kommunen ist täglich spürbar, dass sie Teil der Europäischen Union sind. Besonders bei einheitlichen Ansprechpartnern, Fördermittelanträgen zur Entwicklung der Infrastruktur, der Wirtschaft und Landwirtschaft, aber auch Städtepartnerschaften und wenn es um die Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU, der Bundesrepublik, des Landes Brandenburg und die Verantwortung der Kommunen geht.

Am Vormittag wird es zwei Vorträge geben. Erstes Thema: „Kommunen in Europa selbstbestimmt oder fremdbestimmt?“ Gast: Helmut Scholz, Abgeordneter der LINKEN im Europäischen Parlament. Zweites Thema: „Europa ist Chance und Herausforderung zugleich – Auswirkungen der neuen Förderrichtlinien Europas auf das Wirtschaften in den Kommunen“

Gast: Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten in Brandenburg.

Am Nachmittag wird in Seminaren zu folgenden Themen diskutiert:

Seminar 1: Wirtschafts-, Investitions- und Infrastrukturpolitik, öffentliches Beschaffungswesen, Öffentliche Daseinsvorsorge und kommunale Spielräume

Seminar 2: Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa, der Bundesrepublik, Brandenburg und den Kommunen

Seminar 3: Die Euro- und Schuldenkrise, Fiskalpakt, ESM und Bankenunion – Wege aus der Krise und Optionen für die Kommunen

Seminar 4: Fluchtursachen überwinden, Frieden gewährleisten, Arbeitnehmer-, Umwelt-, Menschenrechte weltweit sichern – zukünftige Anforderungen an die externe Dimension der Europapolitik

Wegen beschränkter Platzkapazität unbedingt anmelden: info@kf-land-brandenburg.de oder Fax: 03338-459295.

Klassenfahrten

OW-Beitrag/bc

Noch immer gibt es in Brandenburg keine klare Regelung, die es Lehrerinnen und Lehrern ermöglicht, die Kosten einer Klassenfahrt wie eine Dienstreise erstattet zu bekommen. Jedoch wurde die bisher gängige Praxis, dass Lehrer mit der Bewilligung der Klassenfahrt per Unterschrift auf eine Erstattung der Kosten verzichten, durch ein Gerichtsurteil im Frühsommer gestoppt. Bis zum Erlass einer geänderten Rechtsverordnung sollten Lehrerinnen und Lehrer nun ihre Reisekostenerstattung nach erfolgter Klassenfahrt geltend machen. Ein vorheriger Verzicht ist rechtswidrig, ebenso sollen Klassenfahrten aus Reisekostenerstattungsgründen nicht abgelehnt werden.

Zugfahrten

OW-Beitrag/bm

Um bessere Zug-Verbindungen zwischen Eberswalde und Berlin ging es Bürgerinnen und Bürger während der „Sprechstunden unter freiem Himmel“ mit Dagmar Enkelmann. Diese wandte sich an den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für Brandenburg, Dr. Joachim Trettin. In der nun vorliegenden Antwort erklärt Trettin, dass zunächst der Verkehrsverbund VBB für eine verbesserte Verbindung verantwortlich sei. Zugleich konstatiert er eine „deutliche Nachfragesteigerung“. Aus Sicht der Bahn würde sich deshalb ein „30-Minuten-Takt zwischen Berlin und Eberswalde“ anbieten.

Wahlwette

OW-Beitrag/bm

Der Gewinner der Bundestags-Wahlwette von Dagmar Enkelmann ist Wolfgang Schultz aus Groß Kreutz. Er gab die beste Prognose unter den mehr als 90 Teilnehmern ab. Anzugeben waren der prozentuale Anteil der Erststimmen für Dagmar Enkelmann sowie der prozentuale Anteil der bundesweiten Zweitstimmen für DIE LINKE. Herr Schultz erhält als Preis eine Einladung zu einem Abendessen für zwei Personen, auf Wunsch auch mit der Gastgeberin.

Was ist wirklich nötig in Barnimer Schulen?

Selbstbestimmung der Schulen über 450.000 € aus Kreishaushalt gescheitert/
LINKE lässt nicht locker und will Kommunen zur Arbeitsberatung einladen

OW-Beitrag/mm

Die Mehrheit aus SPD und CDU hat im September-Kreistag den Beschluss vom 13. Februar aufgehoben, wonach ein Betrag von 450.000 € für die Verbesserung der materiellen und infrastrukturellen Bedingungen der nicht kreisgeleiteten kommunalen Schulen zur Verfügung gestellt werden sollte. Dieser ursprüngliche Beschluss kam auf Initiative des Kreistagsabgeordneten Klaus Springer (LINKE) zustande und wurde fraktionsübergreifend beschlossen.

Damit wurde dem Ansinen von Landrat Bodo Ihrke gefolgt, diese Gelder ausschließlich für die Ausstattung der Schulen mit interaktiven Whiteboards sowie der zum Betrieb der Tafeln notwendigen Komponenten einzusetzen.

Gleichzeitig hat der Kreistag auf Vorschlag der Verwaltung mehrheitlich einem Zeitplan und einem Eigenanteil der Kommunen zugestimmt, der das Projekt von vornherein scheitern lässt. So scheint folgendes klar: Weder schaffen es die Kommunen, die dafür notwendigen Kofinanzierungsmittel aus ihren beschlossenen Haushaltsplänen zu sichern, noch

sehen die Kommunen in der Installation der Whiteboards die vordringlichste Aufgabe zur Verbesserung der Lernsituation ihrer Schülerinnen und Schüler. Damit trat genau das ein, worauf Klaus Springer (LINKE) in den vielen Diskussionen aufmerksam gemacht hatte: Die Forderung der LINKEN, den Schulen und Kommunen selbst zu überlassen, wofür

sie diese zusätzlichen Gelder einsetzen, wurde mit den nachfolgenden Beschlüssen ausgehebelt. Wer aber die Einsetzung von elektronischen Tafeln als das non plus ultra der Barnimer Bildungsinitiative definiert, hat sich in unseren Schulen nicht umgesehen und hätte vielleicht mal das Gespräch mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern führen

sollen, um nicht in Gänze am Leben vorbei zu beschließen. Die Kreistagsfraktion der LINKEN wird Anfang kommenden Jahres zu einer Arbeitsberatung „Bildungs-offensive Barnim“ einladen, um erneut über die tatsächlichen Bedürfnisse der Kommunen an dieser Stelle zu beraten, wozu auch deren Position zur Entwicklung der Schulämter gehört.

Für ein Schulamt vor Ort

Noch kann die Entscheidung für den Standort Eberswalde korrigiert werden

Von Margitta Mächtig,
Kreistagsabgeordnete

Wir müssen Entscheidungen nicht umsetzen, wenn sie sich bereits im Vorfeld als Fehler erweisen. So scheint es mit dem Beschluss der Landesregierung zur Zentralisierung der Schulämter zu sein.

Mitarbeiter des Schulamtes Eberswalde, Lehrer, Eltern und Schüler aus dem Barnim und der Uckermark haben sich an Brandenburgs Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) mit einem „Offenen Brief“

gewandt und sich gegen die Schließung des Schulamtes in Eberswalde im Zuge der Schulämterreform ausgesprochen. Wenn man die

Aufgaben des Schulamtes kennt, wird klar, ein Schulamt gehört

in die Region, auch wenn es als Landeseinrichtung betrieben wird. Oder man entlässt es aus der Landesverwaltung und übergibt dessen Aufgaben (nebst Personal) an den Landkreis.

Wenn wir einerseits anerkennen, dass Bildung ein Schwerpunkt der Gesellschaft ist, wenn wir anerken-

nen, dass dabei Eltern und Lehrer aktive Unterstützung brauchen, dann muss diese Hilfe erreichbar bleiben.

Wenn Hilfesuchende und Hilfegebende gleichermaßen bis zu 200 Kilometer zurücklegen müssen und im ungünstigsten Falle

fünfeinhalb Stunden unterwegs sein sollen, um diese zu erhalten, stimmen Ort, Zeit und

Bedingungen nicht überein. Noch ist Zeit, diese Entscheidung zu korrigieren.

Ich setze auf die Kraft der Argumente der Lehrer, Eltern, Bürgermeister und Landräte.

Kommentiert

Rückzug in Eberswalde

Bleibt der Standort für den Kranbau erhalten?

Von Margitta Mächtig
Kreistagsabgeordnete

Der Stahlbau innerhalb der Kirow Adelt GmbH in Eberswalde wird geschlossen. Betroffen sind 35 Arbeitsplätze, einige Beschäftigte nehmen jedoch das Angebot des Unternehmens an, in andere Standorte

der Kranbau-Union zu wechseln. Mit großer Sorge nehmen wir LINKEN die Nachricht zur Kenntnis, dass die Adeltwerke weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen. Unausgesprochen zwingen sich Parallelen zur Entwicklung des Walzwerkes

in Eberswalde auf. Damals wurde uns auch dort berichtet, dass es einen Einbruch in der Auftragslage gab, man sich aus diesem Grunde

Kommentiert

von weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verabschieden müsse, aber der Standort erhalten bleiben solle. Nun das Ende ist bekannt. Die Frage bleibt jetzt, was von dem ehemals



Vielen bekannt als Kranbau Eberswalde. Wie lange wird es den Traditionsstandort noch geben? Foto: P. Bochow

größten Kranbauunternehmen übrig bleiben soll, wenn nun der Stahlbau geschlossen wurde und die Mitar-

beiterzahl damit auf 117 schrumpft. Noch gibt eine Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Noch.

Produkte von hier

Agrarpolitisches Fachgespräch zur neuen Förderperiode

Von Michael Luthardt,
Landtagsabgeordneter

Etwa 20 Interessentinnen und Interessenten kamen am 27. September 2013 zum Fachgespräch „Agrarwirtschaftsinitiative in der neuen Förderperiode fortsetzen und stärken“ der Fraktion DIE LINKE in den Landtag. Es waren Vertreter von regionalen und landesweiten Vereinen, Unternehmen und Behörden. Schwerpunkt des Gesprächs war die Frage, wie die Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte verbessert und damit die Wertschöpfung im ländlichen Raum erhöht werden kann. Im Einstiegsreferat schilderte Stefanie Patron, die Geschäftsführerin von pro agro e.V., die Arbeit ihres Verbandes, der genau diese Ziele verfolgt. Regionalität ist für viele Verbraucherinnen und Verbraucher ein wichtiges Kriterium bei der Kaufentscheidung. Die Nachfrage nach solchen Produkten ist groß und kann bisher nicht gedeckt werden. Mit den Marken „Natürlich Brandenburg“ und „Von hier“ bewirbt pro agro

Produkte aus der Region und beteiligt sich an der Modellstudie zum bundesweiten Regionalfenster.

Gunnar Hemme vom mittelständischen Betrieb Hemme-Milch Schmargendorf stellte sein Unternehmen vor, das in der Uckermark Frischmilch verarbeitet und vermarktet. Zum einen wird Frischmilch direkt an Kunden in der Region Barnim-Uckermark ausgeliefert, zum anderen ist es in den letzten Jahren gelungen, die Milch auch in regionalen Supermärkten unterzubringen. In der sehr lebhaften Diskussion zeigte sich, welche Themen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unter den Nägeln brennen. Neben der Umsetzung der EU-Agarrreform wurden vor allem die steigenden Bodenpreise und der Ausverkauf an außerlandwirtschaftliche Investoren problematisiert. Bald konzentrierte sich die Diskussion dann auf das Hauptthema Regionalvermarktung. Es wurde schnell klar: Vor allem werden Menschen in der Region benötigt, die die Initiative ergreifen



Für regionale Produkte muss die Vermarktung vor Ort besser organisiert werden, zum Beispiel durch Netzwerke. Foto: bc

und den Mut haben, Neues aufzubauen. Ganz entscheidend dafür ist die Beratung und Schulung von Interessenten. Hier wurden bisherige Defizite benannt. Der Bildung von Wertschöpfungsnetzwerken kommt eine große Bedeutung zu, um von Erfahrungen zu profitieren und Synergieeffekte zu nutzen. Das kann vom Warenaustausch in Hofläden einer Region bis zum gemeinsamen Transport von Waren nach Berlin gehen,

also zur Bildung regionaler Logistikunternehmen. Auch zur Marktanalyse und zur Beschaffung von Eigenkapital wurde Beratungsbedarf gesehen. Die Beziehungen der Regionalvermarktung zum Naturtourismus sollen ausgebaut werden.

Und schließlich wird von der öffentlichen Hand erwartet, Regionalität bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand von Dienstleistungen im Ernährungsbereich besser zu würdigen.

Ein neues Zuhause finden

Solidarität ist konkret – Übergangwohnheim Wandlitz zeigt, dass es geht

Von Margitta Mächtig,
Vorsitzende der
Kreistagsfraktion der LINKEN

Zu Beginn dieses Beitrages: Den Einwohnerinnen und Einwohnern, den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern, der Bürgermeisterin, Jana Radant, Frau Stabenow, ihrer Mannschaft und den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ein großes Dankeschön für ihre engagierte Arbeit. Als wir vor Monaten erfuhren, dass auch der Landkreis Barnim mehr Flüchtlinge aufnehmen soll als bisher geplant und der Landrat dafür die ehemalige Werbe-Grafik-Schule in Wandlitz vorsah, gab es nicht wenige Zweifler, ob dies der richtige Ort sei. In der Gemeinde gab es heftige Diskussionen. Nun ist der Alltag eingezogen und es gibt zahlreiche Initiativen, die den Menschen, die nach Hilfe und Zuflucht suchten, ein Leben hier erträglich machen. Am wichtigsten ist

für ein neues Leben in der Fremde die Beherrschung der Sprache des Gastlandes.

Deshalb war es der Kreistagsfraktion der LINKEN wichtig, dass wir Angebote zur Erlernung der deutschen Sprache machen. Ein entsprechender Antrag im Kreistag fand eine Mehrheit. Aber Beschlüsse sind das eine. Wichtig ist die Bereitschaft von Vielen diese auch mit Leben zu erfüllen. Und deshalb begrüßen wir das Lernangebot in schulischer Form aber auch in Form der Freizeitgestaltung, wie es die ehemalige Lehrerin, Frau Breuer, in dem Heim anbietet. Initiativen wie der Runde Tisch der Toleranz in Wandlitz machen deutlich, es bedarf immer des konkreten Engagements um Menschen in Not zu helfen. Dazu gehört auch den ewig Gestrigen, den alten und neuen Nazis chouragiert entgegenzutreten. Dass die „Bürgerstiftung

Barnim-Uckermark“ die Gemeinde Wandlitz bereits mit einem Demokratiepreis ausgezeichnete und das damit verbundene Preisgeld den Flüchtlingen zugute kam, ist ein weiteres Zeichen dafür: Ja, in Wandlitz läuft es gut. Doch es läuft nicht von allein, so bleibt das Sammeln von Spenden, das Miteinander beim Spaziergehen, Fahrradfahren und Lernen und das Angebot eines Dolmetscherdienstes eine Aufgabe für den Alltag. Für uns bleibt: Ängste vor dem Fremden zu überwinden ist eine Aufgabe, die für Deutsche und Nichtdeutsche gleichermaßen gilt. Und es bleibt unser Ziel, wer in Deutschland, im Barnim angekommen ist, soll – so sie es wollen – letztlich ein neues Zuhause in eigenen Wohnungen finden. Heime sollen und können nur eine Übergangslösung sein.

Spenden gesucht
Viele Sachspenden wurden

bisher für die Bewohnerinnen und Bewohner des Übergangwohnheims in der Bernauer Chaussee 26 abgegeben. Es existiert bereits ein gut sortiertes Spendenlager. Über Sachspenden freut sich das Übergangwohnheim aber weiterhin. Denn Ziel ist es, Einzelpersonen, Familien, alleinstehende Frauen mit Kindern, schnell in Wohnungen unterzubringen.

Derzeit werden benötigt: Elektrogeräte für den Haushalt (Waschmaschinen, Kühlschränke; vorzugsweise Kühl-Gefrierkombinationen, E- und Gasherde, Staubsauger, Lampen, Kaffeemaschinen, Toaster, Mikrowellen) Küchen (Spülen, Ober- und Unterschränke, vollständige Küchen), Geschirr, Besteck, Staubsauger, Besen, Handfeger und Müllschippen, Eimer

Kontakt: Gerda Faistel, Telefon: 033397-21742. Transportkapazitäten begrenzt, Eigentransport willkommen.

Brandenburgs erste Landrätin

OW-Beitrag

Brandenburg hat die erste Landrätin: Am 9. September wählte der Kreistag Teltow-Fläming Kornelia Wehlan (LINKE) aus Luckenwalde an die Spitze der Kreisverwaltung.

Vorausgegangen war die Direktwahl durch die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises im März bzw. April. Hier erhielt die 52-jährige Wehlan zwar ebenfalls die meisten Stimmen, jedoch wurde die Mindestwahlbeteiligung mit 25 Prozent der Wahlberechtigten nicht erreicht. Deshalb musste die Wahl des Landrates durch den Kreistag erfolgen, der zuvor noch eine bundesweite Stellenausschreibung initiierte. Von den 60 Bewerberinnen und Bewerber kamen 10 in die engere Auswahl, eine davon war Kornelia Wehlan. Ihre Wahl war im zweiten Wahlgang erfolgreich.

Damit gibt es erstmals in der Geschichte Brandenburgs eine Frau an der Verwaltungsspitze eines Landkreises.

Mitte Oktober erfolgte die feierliche Vereidigung der Landrätin. Bisher war Kornelia Wehlan Landtagsabgeordnete der LINKEN in Brandenburg. Dieses Mandat hat sie zeitgleich niedergelegt, und ebenso auf ihre Sitze in der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde und im Kreistag Teltow-Fläming verzichtet.

Nachgerückt

OW-Beitrag/bm

Zwei neue Mitglieder hat die Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN im Oktober bekommen. So rückte Astrit Rabinowitsch am 14. Oktober für Kornelia Wehlan nach, die zur Landrätin in Teltow-Fläming gewählt wurde. Astrit Rabinowitsch ist Lehrerin.

Ebenfalls neues Mitglied der Landtagsfraktion der LINKEN ist Norbert Müller. Der 27-jährige rückt auf der Landesliste für Birgit Wöllert nach, die bisher gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion war, in den Bundestag gewählt wurde und deshalb ihr Landtagsmandat zurückgab.

Scholz kandidiert fürs Europa-Parlament

OW-Beitrag/pm

Der Brandenburger Europaabgeordnete der LINKEN, Helmut Scholz, will bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 erneut antreten. Seine Kandidatur wird vom Brandenburger Landesvorstand unterstützt, teilte dieser Anfang November mit.

LINKE für Europäische Sozialunion

OW-Beitrag/pm

Die europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen der LINKEN sowie der Bundestagsfraktion und die Europaabgeordneten berieten Anfang November den Entwurf des Europawahlprogramms der LINKEN. Das Wahlprogramm soll im Februar von einem Bundesparteitag beschlossen werden.

„Zudem wurde das Konzept des „Sozialen Europas“ thematisiert“, erklärte Kerstin Kaiser, Brandenburger Vertreterin. „Unter dem Vorsitz von Brandenburgs Europaminister Ralf Christoffers (Mitte 2012-2013) wurde dieses Thema zum allerersten Mal auf der Europaministerkonferenz (EMK) der deutschen Länder thematisiert.“, hob Kaiser hervor. „Die EU darf nicht nur eine Wirtschaftsunion bleiben, an erster Stelle muss viel mehr die soziale Dimension stehen.“ Entsprechend hat die EU gemäß der „sozialen Querschnittsklausel“ ihre Politik im Sinne der sozialen Auswirkungen zu prüfen. Doch sei jedoch nicht ausreichend, kritisierte Kaiser. Die LINKE fordere deshalb weitere Schritte, etwa die Einführung eines europaweiten, landesspezifischen Mindestlohnes sowie eine so genannte „soziale Fortschrittsklausel“. Am Ende dieser Entwicklung müsse die Sozialunion stehen. In der die Interessen der EU-Bürgerinnen und -bürger, ihre sozialen und demokratischen Rechte, Freiheiten und ihr Schutz nicht mehr den Kräften und Freiheiten des Marktes und Kapitals zum Opfer fallen dürfen und können.

Für eine Vision leben

LINKE Barnim sucht Kandidaten für die Kommunalwahl 2014

Von Sebastian Walter, Kreisvorsitzender der LINKEN

Am 25. Mai 2014 finden die Kommunalwahlen in Brandenburg statt. Interessiert keinen? Nicht wichtig? Das sieht die LINKE im Barnim naturgemäß ganz anders. In den letzten Jahren hat sich vieles im Barnim entwickelt. Dennoch ist nicht alles zufriedenstellend in unserem Landkreis. Auf dem Weg zu einer sozialen, gerechten und umweltfreundlichen Region sind wir nur ein kleines Stück vorangekommen. Noch immer leben zu viele Kinder im Barnim in Armut. Noch immer haben bei weitem nicht alle, die das wollen, einen Job. Noch immer wirken die Hartz-IV-Gesetze. Vor allem bei den Kosten der Unterkunft wird der Druck auf die Familien von Langzeitarbeitslosen noch verschärft. Noch immer haben nicht alle Menschen den gleichen Zugang zu

Bildung und Kultur. Immer länger müssen Menschen zum Arzt fahren oder beim Arzt warten. Immer häufiger sind Menschen auf ein eigenes Auto angewiesen, weil immer seltener der Bus im eigenen Dorf hält. Noch

Die Barnimer LINKE will mit ihrem Leitbild das Auseinanderdriften der Regionen verhindern, öffentliche Daseinsvorsorge für alle erreichen – und damit einen Politikwechsel im Landkreis.

immer hat die Gesellschaft keine ausreichende Antwort auf die demografische Entwicklung. Die SPD-CDU-FDP Koalition im Kreistag beschränkt sich immer auf das Verwalten des jetzigen Zustands, es werden zwar Projekte wie zum Beispiel Barnim erneuerBAR oder die Bildungsinitiative Barnim gestartet, landen aber als bloßes Prestigeobjekt in der Schublade. Es gibt kein Konzept für die Fragen der Zeit. Wie können wir ein weiteres Auseinanderdriften

der ländlichen Regionen und den berlinnahen Räumen im Barnim verhindern? Wie bekämpfen wir die Armut? Wie sichern wir den Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge für alle?

Die LINKE hat dazu in den

letzten Jahren ein Konzept erarbeitet – das Leitbild für einen „Barnim für Alle“. Wir wollen, dass es gleichwertige Lebensbedingung im ganzen Landkreis gibt. Dass alle Kinder unter den gleichen Bedingungen zur Kita oder zur Schule gehen, dass jeder Zugang zu einem Arzt hat und letztendlich alle hier vor Ort einer Arbeit nachgehen, die den Lebensunterhalt sichert. Das Leitbild gibt nicht alle Antworten auf alle Fragen, aber es ist ein Angebot an alle Barnimerinnen und

Barnimer. Wir wollen endlich Veränderung im Barnim, wir wollen die Probleme anpacken und gemeinsam mit den Menschen im Landkreis lösen – nicht über ihre Köpfe hinweg oder in Hinterzimmern. Dazu braucht es einen Politikwechsel im Landkreis und der geht nur mit uns. Wir waren und sind es, die immer wieder den Finger in die Wunde legen, die auf Missstände aufmerksam machen und sozial gerechte Lösungen vorschlagen.

Wir brauchen dazu viel Hilfe – Ihre Hilfe. Die LINKE tritt auch 2014 mit offenen Listen an und will viele Menschen für ihre Politik gewinnen. Wenn Sie Hinweise und Ideen haben oder sogar selbst kandidieren wollen, dann melden Sie sich bei uns.

Kontakt: Sebastian Walter, Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE. E-mail: walter@dielinke-barnim.de

Recht auf Selbstbestimmung

Erklärung des Bundestreffens Cuba sí: Regionalgruppen trafen sich in Altenhof

Mitte Oktober fand das Bundestreffen der Arbeitsgemeinschaft Cuba sí am Werbellinsee statt. Die Regionalgruppe Cuba sí Bernau war mit 4 Delegierten dabei. Die Teilnehmer verabschiedeten folgende Erklärung:

Seit über 20 Jahren unterstützt unsere Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí Kuba auf seinem Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus. Für den Integrationsprozess der Länder Lateinamerikas spielt die sozialistische Insel eine wichtige Rolle und ist für die linken Kräfte der Region wichtiger Orientierungspunkt. Wie alle Länder der Welt, so haben auch die Länder Lateinamerikas das Recht, ihren Entwicklungsweg selbst zu bestimmen. Die Fortschritte und Erfolge in der gesellschaftlichen Entwicklung Kubas, Venezuelas, Boliviens, Ecuadors sowie die solidarische Zusammenarbeit in der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerikas (ALBA) beweisen: Unsere Welt kann auch jenseits neoliberaler Baupläne gestaltet werden. Deshalb ist der



Abschlussfoto der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bundestreffens der Arbeitsgemeinschaft Cuba sí Ende Oktober am Werbellinsee. Foto: privat

Kampf der Linken in Lateinamerika für eine solidarische Welt auch ein Kampf der Linken weltweit. Die AG Cuba Sí fordert von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die sofortige und bedingungslose Aufhebung der seit über 50 Jahren andauernden Blockade gegen Kuba. Wir fordern die Auflösung des völkerrechtswidrigen Straflagers in Guantánamo und die Rückgabe des Territoriums an die Republik Kuba. Von den Ländern der Europäischen Union, und insbesondere von der Bundesrepublik Deutschland, fordern wir die Rücknahme des

Gemeinsamen Standpunkts gegen Kuba. Von den USA und der EU fordern wir, die Beziehungen zu Kuba und Lateinamerika zu normalisieren und diese Länder in allen Belangen als gleichberechtigte Partner zu akzeptieren. Von der Regierung in Washington fordern wir die sofortige Freilassung der Cuban Five und ihre ungehinderte Rückkehr zu ihren Familien nach Kuba. Dieser Forderung nach Freilassung der kubanischen Helden werden wir gemeinsam mit den Mitgliedern der LINKEN und der neuen Linksfraktion im Bundestag durch gemeinsame Aktionen noch mehr in der Öffentlichkeit Nachdruck

verleihen und zu einem Thema im Bundestag machen. Mit allen Linken in unserem Land, vor allem mit den Mitgliedern der Partei DIE LINKE und ihren neu gewählten Bundestagsabgeordneten wollen und werden wir die aktive Unterstützung Kubas und der linken Bewegungen in Lateinamerika fortsetzen. Von unserem diesjährigen Bundestreffen der Cuba Sí-Regionalgruppen erneuern wir unsere Einladung an die Mitglieder und Mandatsträger unserer Partei, sich über die Arbeit unserer AG Cuba Sí zu informieren und möglichst bald unsere Projekte in Kuba zu besuchen. Viva la Solidaridad!

So wahr uns das Land helfe

Kirchenfinanzierung in Brandenburg umfasst auch Entschädigungszahlungen, die auf rechtliche Grundlagen von 1803 zurückgehen

OW-Beitrag/bc

Die Bundesländer helfen den Kirchen finanziell – wie vielen anderen Trägern, die vor allem Aufgaben im sozialen Bereich wahrnehmen auch. Aber es gibt da auch noch andere Zahlungen, Entschädigungszahlungen. Diese haben eine reelle Basis, so auch die Zahlungen an die beiden christlichen Kirchen. Sie gehen zurück auf das letzte bedeutende Gesetz des Heiligen Römischen Reiches, auf den „Hauptschluss der außerordentlichen Reichsdeputation“ vom Februar 1803. Der wiederum ist eine Folge des Friedensschlusses zwischen Österreich und Frankreich, der unter anderem beinhaltete, dass die linksrheinischen deutschen Gebiete an Frankreich abgetreten werden. Deutsche Fürsten, die dort Territorien verlieren, sollten in Deutschland entschädigt werden. Dazu zählten nach einer Vereinbarung zwischen Frankreich und dem Papst auch die geistlichen Fürstentümer; viele katholische Bischöfe amtierten nicht nur in ihrer Diözese, sie übten oft auch weltliche Herrschaft aus. Geistliche Fürstentümer wurden aufgelöst, auch andere Besitztümer der Kirche, wie Klöster oder die bisherigen fürstbischöflichen Residenzen, wurden enteignet und weltlichen Landesherren übereignet.

Die katholische Kirche konsolidierte sich in den folgenden 20 Jahren in Verhandlungen mit den napoleonischen und nachnapoleonischen Staaten durch Dotationsvereinbarungen und die Neuumschreibung der Diözesen.

Die Folgen der Enteignungen kirchlicher Güter sind noch heute durch die Bundesländer zu tragen, denn sie sind Rechtsnachfolger der 1803 für die zuständigen Entschädigungszahlungen gebildeten Territorien. Insgesamt zahlen alle deutschen Bundesländer gemeinsam 459 Millionen € im Jahr. Dabei geht es – wie gesagt – nur um Entschädigungen, nicht um sonstige Einnahmen wie Kirchensteuer, nicht um Einnahmen aus

der Verwaltung des angehäuften Vermögens. Denn es ging ja im 19. Jahrhundert nicht alles Vermögen verloren. Über kirchliches Vermögen herrscht – trotz angekündigter freiwilliger Offenlegung – mehr oder weniger Stillschweigen. Das ist auch kein Wunder, denn deutsches Recht ermöglicht es zum Beispiel, dass Gebäudeabschreibungen

irgendwann zu einem buchhalterischen Wert von 1 Euro führen. Dass es daneben Rücklagen in einem kameeralistischen Vermögenshaushalt gibt, darüber herrscht ebenfalls Stillschweigen. So ist aktuell eine Diskussion entbrannt, in der erstmals umfangreiche Fragen zur

Finanzminister Markov (LINKE) will alle strittigen Entschädigungsleistungen mit Einmalzahlungen beenden.

Kirchenfinanzierung gestellt werden.

In Brandenburg ist seit 1996 ein Vertrag zwischen dem Land und den evangelischen Landeskirchen in Kraft, wonach das Land unter anderem für das Kirchenregiment und die Pfarrbesoldung und -versorgung einen Gesamtzuschuss zahlt, der jährlich entsprechend der Besoldungsregelungen für Beamte dynamisiert wird. Für 2013 beträgt der Zuschuss 10,53 Millionen €, für 2014 10,79 Millionen €.

Zusätzlich gibt es jährlich Geld im mehrstelligen Millionenbereich zur Sicherung des Bestandes des Domstiftes Brandenburg, für den Erhalt kirchlicher Gebäude, insbesondere des Klosters Lehnin und der Stifte



Lindow, Marienfließ und Zehdenick.

Mit dem Heiligen Stuhl – also der Katholischen Kirche – schloss Brandenburg im November 2003 einen Staatskirchenvertrag ab, der Gesetze von 1929 und 1933 erneuert. Neben den Rechten der Kirche unter anderem im Bildungswesen und Körperschaftsrecht sind hier auch Zahlungen des Bundeslandes geregelt.

Brandenburg ist damit verpflichtet, jährlich 1 Million € als Zuschuss zu zahlen, 100.000 € gibt es zudem für die Erhaltung kirchlicher Bausubstanz sowie 50.000 € für die katholische Kirchengemeinde Neuzelle. Zudem trägt Brandenburg die Kosten für die Erhebung der Kirchensteuer, die im übrigen schon seit über 60 Jahren nicht mehr den kirchlichen Gemeinden direkt zu gute kommen. Das Geld geht an die Diözesen und wird von dort an die Gemeinden verteilt. Das erklärt, weshalb manche Gemeinden kaum das Nötigste finanzieren können – trotz hoher Einnahmen insgesamt.

Im Staatsvertrag mit Brandenburg gibt es zudem eine Art „Öffnungsklausel“, wenn

Viele christliche Kulturgüter gehören schon lange nicht mehr zum Kircheninventar.

Das Kloster Chorin zum Beispiel befindet sich in Landes-eigentum. Das Brandenburgische Finanzministerium hat mit dem Amt Britz-Chorin-Oderberg vereinbart, dass das Amt das Kloster betreibt und dafür Geld erhält.

Darüber hinaus unterstützt das Land die bauliche Unterhaltung. Dafür wurden 2013 für die Sicherung des Kirchenschiffs 904.000 € zur Verfügung gestellt, über 1 Million € bereits in den Vorjahren. Sanierungsmaßnahmen am Pfortenhaus, am Ost- und Westflügel sowie Maßnahmen zur Herrichtung der Außenanlagen werden mit insgesamt 400.000 € jeweils in 2013 und 2014 unterstützt.

Foto: bc

zum Beispiel formuliert ist, dass die Kirche ihre Kulturdenkmale „im Rahmen des ihr Zumutbaren“ pflegt. Zumutbar muss schließlich gesondert definiert werden. Offiziell heißt es, die Kirchen würden auf die Entschädigungszahlungen verzichten – wenn die Bundesländer hohe Einmalzahlungen als Entschädigung leisten. Hier stecken viele Finanzminister der verschuldeten Bundesländer in einem Dilemma: Haushaltskonsolidierung, Schuldenbremse, Kreditverpflichtungen auf der einen Seite – sich endlich von den über 200 Jahre währenden Entschädigungszahlungen frei zu kaufen auf der anderen Seite. Bei einer Entschädigung müsste man nämlich eigentlich auch festlegen, wann diese denn einmal abgegolten ist. Das wurde allerdings 1803 versäumt ... und so zahlen die Bundesländer in Ewigkeit? Für Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov (LINKE) hat eine Einigung Priorität. Er hat einem Angebot des Landes zugestimmt, mit einer Zahlung von 2 Millionen € pro Jahr über 10 Jahre alle strittigen Entschädigungsleistungen endgültig zu beenden.

Rot-Rote Regierung gegen Missbrauch von Werkverträgen

OW-Beitrag/bc

Zur Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen gibt es im Bundesrat derzeit eine Initiative der Bundesländer, die von der Rot-Roten Brandenburger Landesregierung unterstützt wird.

„Die Hartz-Reformen haben den Arbeitsmarkt drastisch verändert“, erklärte der Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaften der Fraktion der LINKEN im Brandenburger Landtag, Dr. Andreas Bernig. „Prekäre Beschäftigungsformen wie Teilzeitarbeit, Minijobs, befristete Beschäftigung setzen sich durch. In Brandenburg sind davon rund 280.000 Menschen betroffen. Normalarbeitsverhältnisse verringern sich und werden u.a. durch Leiharbeit ersetzt. Auf diesen Missbrauch reagierte der Gesetzgeber mit der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes.“

Die „Lohnuntergrenze“ und die sogenannte „Dreh-türklausel“ sollen Leiharbeitskräfte fortan effektiver vor Ausbeutung schützen. Doch viele Arbeitgeber haben eine neue Lücke zum Drücken der Lohnkosten entdeckt. Sie versuchen über Werkverträge Normalarbeitsverhältnisse weiter abzubauen – und die arbeits- und tarifrechtlichen Standards dabei gleich mit.

Die LINKE unterstützt deshalb Brandenburgs Beitritt zu der neuen Bundesratsinitiative zur Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen, die Niedersachsen mit Baden-Württemberg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in die Länderkammer einbringen. Gefordert werden Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz. So soll die zuständige Behörde künftig schneller die Zustimmung zu Werkvertragsverlängerungen verweigern können. Betriebsräte sollen gestärkt werden, indem der Arbeitgeber ihre Zustimmung zu Werksverträgen einholen muss.

Brandenburger LINKE beschloss in Eberswalde „Leitbild 2020plus“

Görke kandidiert als Landesvorsitzender der LINKEN

OW-Beitrag/bc

Mit der Vorbereitung des Wahljahres 2014 hat sich der Landesvorstand der LINKEN am 2. November befasst. Dabei erklärte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Christian Görke, dass er im Januar 2014 als Landesvorsitzender kandidieren wird. „Christian Görke hat bewiesen, dass er in der Lage ist, im Team zu arbeiten, strategisch zu denken und auf die Bürgerinnen und Bürger zuzugehen.“ erklärte der derzeitige Landesvorsitzende Stefan Ludwig.

Die Brandenburger LINKEN werden vom 24. bis 26. Januar 2014 einen neuen Landesvorstand und auf einer gesonderten Vertreterkonferenz die Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zu den Landtagswahlen wählen.

Der designierte Landesvorsitzende, Christian Görke, erklärte: „Gemeinsam werden wir es schaffen und 2014 deutlich machen, dass soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, gesundheitliche Versorgung in allen Regionen, gute Bildung von Anfang an und starke Kommunen Herzensangelegenheiten der brandenburgischen LINKEN sind. Wir werden alle unsere Kräfte darauf konzentrieren, hier weitere spürbare Ergebnisse zu erzielen.“

Der derzeitige Landesvorsitzende, Stefan Ludwig, will im kommenden Jahr erneut für den Landtag kandidieren und sich für zukunftsfähige Kommunalstrukturen einsetzen. Er ist derzeit Vorsitzender der entsprechenden ENQUETE-Kommission des Landtages. „Das Land braucht eine zukunftsfähige, demografiefeste, bürger-nahe Verwaltung, um den künftigen Aufgaben gerecht zu werden.“, so Ludwig. Dazu seien umfangreiche Gespräche in den Landkreisen, den kreisfreien Städten, aber auch mit den entsprechenden Vertretungen und Bürgerinnen und Bürgern notwendig, denen er sich künftig mit ganzer Kraft widmen wolle.

Von Christian Rehmer

Ende Oktober traf sich der Landesverband der märkischen LINKEN zum Parteitag in Eberswalde. Delegierte aus ganz Brandenburg füllten die ehemalige Hufeisenfabrik im Familiengarten. Auch der Bundesvorsitzende Bernd Riexinger folgte der Einladung in den Barnim und hielt eine bemerkenswerte Rede. Er betonte, es sei ein großer Erfolg, dass DIE LINKE zum dritten Mal in den Bundestag eingezogen sei. Riexinger wies darauf hin, dass „DIE LINKE dafür da ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse nach links zu rücken und für die Mehrheit der Menschen Politik zu machen“. Zuvor hatten der Barnimer Kreisvorsitzende, Sebastian Walter, und der FDP-Bürgermeister von Eberswalde, Friedhelm Boginski, die 150 Genossinnen und Genossen auf dem Gelände der ehemaligen Landesgartenschau begrüßt. Die Brandenburger LINKE führte in den vergangenen zwei Jahren einen intensiven Leitbildprozess durch, welcher in Eberswalde



Abstimmung der LINKEN über das neue „Leitbild 2020 plus“, vorn: Matthias Loehr, Landeswahlleiter, Katharina Dahme und Sebastian Walter, Kreisvorsitzender im Barnim. Foto: lg

seinen Abschluss fand. Das neue „Leitbild 2020 plus“ wurde mit großer Mehrheit angenommen. „Das ist ein realistisches Bild von der Zukunft unseres Landes, das mehrheitsfähig ist“, erklärte der zufriedene Landesvorsitzende Stefan Ludwig. Im Jahr 2014 wird ein neuer Landtag gewählt. Für das Landtagswahlprogramm bilde das Leitbild eine gute Grundlage. Die Suche nach geeignetem Personal für die Landtags-

und Kommunalwahlen bestimmte die Debatten des Nachmittags. Die Delegierten verabschiedeten den Beschluss „Kriterien für Kandidaturen und Umgang mit Personal“. Dadurch sollte klargestellt werden, dass die LINKE bei den anstehenden Wahlen mit Kandidatinnen und Kandidaten antreten will, die für LINKE Politik in der Öffentlichkeit einstehen. Sie sollten in der Partei verwurzelt und öffentlich bekannt sein.

Die Eberswalder Tagung war die letzte für den 3. Landesparteitag. Noch dieses Jahr werden neue Delegierte gewählt. Im Januar kommt der 4. Landesparteitag erstmals zur Wahl eines neuen Landesvorstands zusammen. Da in Eberswalde ein Antrag zurückgezogen wurde, mit dem der Landesverband eine Doppelspitze ermöglicht hätte, wird es vorerst bei einer Person an der Spitze des Landesverbandes bleiben.

Mit freiem Geist

Freidenker Barnim e. V. gedenken und ehren in Wroclaw Johannes Ronge

Von Heinz Klos

Nach monatelanger Vorbereitung durch die beiden Partnervereine Oddzial Wroclawskiego Polskiego Stowarzyszenie Racjonalistow und dem Freidenker Barnim e.V. mit Unterstützung des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. fand am Sonnabend, dem 19. Oktober 2013 im Konferenzsaal des Alten Rathauses in Wroclaw eine Fest- und Informationsveranstaltung anlässlich des 200. Geburtstages von Johannes Ronge statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Schaffen und die Werte von Johannes Ronge, als erster Prediger der Christkatholischen Gemeinde in Breslau und als Demokrat. Eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Unsere Verantwortung für das christkatholische und freireligiöse Erbe der Stadt Wroclaw“ wurde von Frau Renate Bauer, Präsidentin des Dach-

verbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e. V., Herrn Norbert Weich, Vorsitzender Freidenker Barnim e.V., Herrn Jacek Tabisz, Vorsitzender der Polnischen Vereinigung der Rationalisten und Frau Kaja Brix, Präsidentin der Sektion Wroclaw der polnischen Rationalisten unterzeichnet.

Damit übernehmen die Unterzeichner Verantwortung, mit konkreten Projekten das Erbe zu bewahren, zu erforschen und zu verbreiten. „Dazu gehört das polnisch-deutsche Forschungsprojekt ‚Wroclaw (Breslau) eine europäische Metropole – die Geburtsstadt der freireligiösen/freigeistigen Bewegung Deutschlands‘ ebenso wie eine Veranstaltungsreihe zu Persönlichkeiten der Christkatholischen Gemeinde in Breslau und Publikationen in den regionalen Medien. Seit über 80 Jahren war diese Veranstaltung, die erste mit freireligiösem/freigeistigem Inhalt, die die Stadt Wroclaw



Die Erklärung „Unsere Verantwortung für das christkatholische und freireligiöse Erbe der Stadt Wroclaw“ wird unterzeichnet. Foto: privat

wieder erleben durfte. Auch der Appell der Teilnehmer an alle kommunalen Institutionen, gesellschaftlichen Kräfte, Vertreter der Politik, der Künste und der Medien der Stadt Wroclaw an dieser Arbeit mitzuwirken, sollte auf dem Wege zur Europäischen Kulturhauptstadt 2016 nicht ungehört bleiben. Die Veranstaltung war im Sinne des Wirkens von Johannes Ronge und strahlte

Optimismus aus, dass Vernunft und Wissen stets über Glauben und Aberglauben siegen werden. Für die gezeigte Mitwirkung und Unterstützung zum Gelingen dieser Veranstaltung gilt der Dank den vielen ehrenamtlichen Helfern und besonders Frau Okolska, Direktorin des Historischen Museums der Stadt Wroclaw und Frau Wolozyn – Swierk, Redakteurin des TVP Wroclaw.

»Wir brauchen einen Solidarpakt III«

Interview mit Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers (LINKE)

Die Bundesländer streiten sich derzeit im Bundesrat darüber, wie Geld zwischen den Ländern ab 2020 verteilt werden soll. Warum jetzt schon?

Der Solidarpakt II läuft 2019 aus. Damit endet die Sonderförderung für Ostdeutschland, durch die für den Abbau teilungsbedingter Sonderlasten im Rahmen des Länderfinanzausgleichs besondere Bundesergänzungszuweisungen zur Verfügung gestellt werden (SoBEZ). Die Zuweisungen und Zuschüsse der Europäischen Union gehen zurück, die Versorgungsausgaben und die konjunkturellen Risiken für die Länder steigen. Zugleich wird 2019 die Schuldenbremse wirksam; Neuverschuldung zur Deckung von Landesausgaben ist dann im Prinzip nicht mehr möglich. Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov (LINKE) hat die Landesfinanzplanung darauf eingestellt: Auch wenn die CDU es in ihrer Oppositionsrolle in Brandenburg immer wieder kritisiert: Ab 2014 wird die »Rot-Rote« Landesregierung keine neuen Schulden mehr aufnehmen.

Im Februar haben Sie gemeinsam mit dem früheren Arbeitsminister Mecklenburg-Vorpommerns, Helmut Holter, und dem Berliner Landesvorsitzenden der LINKEN, Klaus Lederer, zu diesen Problemen ein Konzept für regional- und strukturpolitische Maßnahmen vorgelegt. Basiert das auf Brandenburger Erfahrungen?

Ja, es wird bei einer „regionalen Spaltung“ bleiben. Das Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung ist heute Realität der Raum- und Stadtentwicklung in Deutschland. Es führt zu vielen räumlichen Problemen, die regional und örtlich angepasste Entwicklungsstrategien erfordern. Brandenburg-Berlin ist in besonderer Weise Spiegelbild dieser Entwicklungen. Die herkömmlichen politischen Instrumente und Institutionen sind nur bedingt in der Lage, hier gegenzusteuern.

Unter solchen Bedingungen entfalten sich die starken Regionen zu Lasten der schwachen, die Zentren zu Lasten der Peripherie.

Ihnen ging es ja schon in diesen Thesen nicht mehr nur um die Förderung Ostdeutschlands ...

Ostdeutschland ist nicht mehr die größte geschlossene Krisenregion Deutschlands – wohl aber die größte Ansammlung von Krisenregionen in Deutschland. Zugleich laufen in westlichen Bundesländern Regionen Gefahr, ökonomisch, sozial und kulturell abgehängt zu werden. Diese Probleme sind allein mit den Instrumenten der Länder und des Länderfinanzausgleichs nicht zu bewältigen. Der für die Zeit nach 2019 neu zu verhandelnde Länderfinanzausgleich, der nach jetziger Lage das einzige Transfer-Instrument zur Umsetzung des grundgesetzlich verankerten Gebots gleichwertiger Lebensverhältnisse wäre, zielt darauf, dass auch wirtschaftlich schwache Bundesländer und ihre Kommunen ihren Einwohnerinnen und Einwohnern z.B. Bildungs-

»Das ist Politik der LINKEN: solidarisch, wirtschaftlich vernünftig, stärkt die Kommunen und sorgt für gleichwertige Lebensbedingungen.«

einrichtungen und Sozialleistungen in gleichem Umfang und analoger Qualität wie Bundesländer mit deutlich höherem Steueraufkommen anbieten können.

Was schlagen sie vor?

Es sollte einen „Solidarpakt III für Krisenregionen in Ost und West“ oder die verfassungsrechtliche Verankerung einer „Gemeinschaftsaufgabe sozial-ökologische Strukturentwicklung“ eingeführt werden. Dafür könnten SoBEZ verwendet werden. Bisher erhalten die ostdeutschen Länder und Berlin im Rahmen des Solidarpaktes II insgesamt 105,3 Milliarden € als nicht zweckgebundene Gelder, die jährlich weniger werden und 2019 enden. Die Finanzierung erfolgt über den Solida-



Der Länderfinanzausgleich wird neu verhandelt. Foto: P. B.

ritätszuschlag auf die Lohn- und Einkommenssteuer.

Unbeschadet dessen erzielt der Bund weiter Einnahmen aus dem „Soli“. Nach Berechnungen des Steuerzahlerbunds erhält der Bund daraus während der Laufzeit des Solidarpaktes II von 2005 bis 2019 insgesamt 207,8 Milliarden €, zahlt aber nur etwa 156 Milliarden € für den Aufbau Ost – bleibt ein Überschuss von rund 50 Milliarden €. Zugleich wächst nach diesen Berechnungen

das jährliche „Soli“-Aufkommen – von etwa 14 Milliarden € in diesem Jahr auf 17,5 Milliarden € 2019. In den Osten überweist der Bund dann nur noch 3,1 Milliarden €.

Damit entsteht ein finanzieller Spielraum von über 14 Milliarden € pro Jahr für aktive Regional- und Strukturpolitik in bedürftigen Regionen in Ost und West.

Und wie soll das Geld verteilt werden?

Im Rahmen des Solidarpaktes II gab es SoBEZ für die Ost-Länder in Gestalt fester Sätze. In einem „Solidarpakt III“ sollten Regionen nach Kriterien definiert werden. Einen Lösungsansatz bietet die neue Regionalfördergebietskarte und vor allem die dafür entwickelten Indikatoren, auf die sich Bund und Länder im September 2013 im Koordinierungsausschuss der Gemeinschaftsaufgabe

„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) für die Förderperiode 2014 bis 2020 geeinigt haben. Dabei geht es um die Definition von Strukturschwäche, um die Arbeitslosenquote, den Bruttojahreslohn je sozialversicherungspflichtig Beschäftigtem, die Erwerbstätigenprognose und den Infrastrukturindikator. Die Grenzen verlaufen dann nicht mehr zwischen alten und neuen Ländern, sondern nach Regionen.

Und damit sind alle Bundesländer einverstanden?

Nein, einige wollen den Solidaritätszuschlag ab 2020 dazu verwenden, die Altschulden-Last der Länder zu senken. Demnach sollen die Altschulden auf den Bund übertragen werden, der wiederum die Zinslast aus dem „Soli“ finanziert, während die Länder ihre Zinsersparnis zu einem Teil für die Schuldentilgung nutzen.

Was werden Sie tun?

Der Vorschlag wird zur öffentlichen Diskussion gestellt, um einen dringend benötigten Neuanfang bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen und eine notwendige Reform der Struktur- und Regionalförderung bundesweit zu initiieren.

Warum ist der Vorschlag linke Politik?

Es ist solidarisch, es ist wirtschaftlich vernünftig, stärkt die Kommunen und Regionen und sorgt für gleichwertige Lebensbedingungen.

Vergaben bei 8,50 € pro Stunde

OW-Beitrag/bc

Die Lohnuntergrenze bei öffentlichen Aufträgen im Land Brandenburg soll um 50 Cent auf 8,50 € pro Stunde erhöht werden. Die Brandenburger Landesregierung hat Ende Oktober einem Gesetzentwurf von Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (LINKE) und Arbeitsminister Günter Baaske (SPD) für eine entsprechende Änderung des Vergabegesetzes zugestimmt, das bisher 8 € je Stunde vorsah. Damit wird der Vorschlag der Brandenburger Mindestlohnkommission berücksichtigt, die im Juni nach einer Überprüfung eine solche Erhöhung empfohlen hatte. Der Gesetzentwurf wird im November in den Landtag eingebracht. Über die endgültige Höhe des künftigen Mindestlohns entscheidet das Parlament.

Wirtschafts- und Europa-minister Ralf Christoffers begründete: „Im Gesetz ist festgelegt, dass der Vergabemindestlohn den Anstieg der Verbraucherpreise abbilden sollte. Da die Bürgerinnen und Bürger in den letzten anderthalb Jahren deutlich mehr für die Lebenshaltungskosten aufbringen müssen, aber auch die Löhne insgesamt gestiegen sind, ist die Anhebung des Vergabemindestlohns sinnvoll. Löhne, die so niedrig sind, dass sie durch Sozialleistungen aufgestockt werden müssen, sind nicht akzeptabel. Dass der Wettbewerb um die Aufträge der öffentlichen Hand zu Lasten der Beschäftigten ausgeht, dem wollen wir mit dem Vergabegesetz begegnen.“

Stimmt das Parlament der Gesetzesänderung zu, müssen Arbeitgeber, die im Auftrag von Land, Städten und Kommunen arbeiten, ihren Beschäftigten ab 2014 einen Bruttostundenlohn von mindestens 8,50 € je Arbeitsstunde zahlen.

Die Brandenburger Mindestlohnkommission ist die einzige ihrer Art in Ostdeutschland. Sie unterbreitet der Landesregierung regelmäßig einen Vorschlag zur Entwicklung der Lohnuntergrenze, das nächste Mal im Herbst 2014.

